

*Viele Länder, z.B. El Salvador, hatten nach der Beendigung bewaffneter interner Konflikte mit neuen Problemen zu kämpfen: Anstieg der "normalen" Kriminalität, Eingliederung früherer Kämpfer ins Zivilleben usw.*

*Die Journalistin Marta Ruiz setzt sich am 20.1.2014 im Wochenmagazin SEMANA mit der Aussage von Präsident Santos auseinander, nach einem Friedensschluss werde sich in Kolumbien außer der Sicherheitslage nichts ändern:*

### **Man steht ohne Schuhe da**

Der verstorbene britische Historiker Tony Judt gab in seinem Werk über Europa nach dem 2. Weltkrieg ein in Deutschland kursierendes Witzwort wieder: "Genießt den Krieg, der Frieden wird furchtbar!". Auch wenn dies als brutaler Witz erscheint, ergibt der Satz in Wirklichkeit doch viel Sinn. Mindestens sollte das für uns so sein.

In Kolumbien ist die leichteste Aufgabe, einen Friedensvertrag zu unterschreiben. Das zeigt der Optimismus von Präsident Juan Manuel Santos, der diese Woche seine Überzeugung zum Ausdruck brachte, man werde 2014 zu einer Einigung mit der FARC kommen, und das trotz des Attentats in Pradera (Dept. Valle del Cauca), das er selbst der FARC zuschrieb. Somit wird die Schwierigkeit nicht darin liegen, einen Frieden zu vereinbaren, sondern darin, den Frieden zu verwalten. Man muss die Verpflichtungen einhalten, die am Verhandlungstisch übernommen wurden und die fast alle von den weiteren Entwicklungen abhängen.

Wenn Santos in Gremien und vor Batallionen behauptet, alles bleibe beim Alten, wenn erst einmal eine Vereinbarung unterschrieben sei, dann lügt er ganz einfach. Der gesamte Friedensprozess erfordert tiefgreifende Veränderungen. Natürlich nur, wenn er ernstgenommen wird. Die andere Option, nämlich dass nichts sich ändert, ist daher eine Vorankündigung, die Regierung werde die Vereinbarungen verraten. Und ich glaube nicht, dass dieser Fall eintreten wird.

Wir alle wissen, dass Zeiten des Postkonflikts schmerzhaft sind und nicht das Paradies, wo Milch und Honig fließen. Es pflegen Zeiten der Heimzahlungen und Rache zu sein. Des Zorns über Ungerechtigkeiten der Vergangenheit und des Verzeihens in der Gegenwart. Zeiten neuer Gewalt, der Neuformierung der Kräfte. Des Anstiegens der Kriminalität. Der Gier nach Ressourcen, die der Krieg geraubt hat. Gewöhnlich sind es Zeiten des Trial-and-Error auf vielen Gebieten.

Das alles wissen wir in Kolumbien, denn wir hatten ja auch schon mehrere erfolgreiche Friedensprozesse, auf die dann bittere Nachkonflikte folgten. Viele der Guerrilleros, die Friedensvereinbarungen unterschrieben hatten, endeten mit einer Kugel im Kopf, abgefeuert von den sogenannten "finsternen Mächten". Und im Fall der Paramilitärs wurde ein beiderseitiger Verrat begangen. Während diese vom Gefängnis aus weiter ihre Maschinerie aufbauten, hielt die Regierung sich nicht an Versprechen der Straflosigkeit, die unter dem Tisch ausgehandelt worden waren.

Und trotzdem lag auf diese Weise der schlechteste Teil nicht bei den früheren Kämpfern, sondern bei der Bevölkerung in den Gebieten, wo erstere agierten. Die Regionen, in denen M19, EPL oder AUC (Guerrilla und Paramilitärs, die mit der Regierung Friedensabkommen geschlossen hatten, A.d.Ü.) waren nach dem Friedensschluss verarmter und stärker zu Opfern geworden als vorher. Das wiederholte Versprechen, zivile Institutionen würden kommen und die Stelle des Militärs einnehmen, um Demokratie und Rechtsstaat zu verbreiten, wurde nie eingehalten.

Angesichts dieser Vorgeschichte ist es Besorgnis erregend, dass Santos allenthalben ankündigt, nichts werde sich ändern, wenn man zu einer Einigung mit der FARC komme. Er weiß genau, dass man Strategien braucht, um die verschiedenen wirtschaftlichen Interessen zu moderieren, die mit einem Waffenstillstand verbunden sein werden. Dass man politische Verhandlungen führen muss mit alten und neuen sozialen Akteuren. Dass man viel Geld brauchen wird, wenn man den Frieden für eine Mehrheit absichern will in materieller und geistiger Hinsicht. Mit anderen Worten, dass sich zumindest die Art und Weise ändern muss, in der dieses Land regiert wurde.

Der Präsident muss also damit aufhören, bestimmte Sektoren der Gesellschaft damit ruhig zu stellen, indem er ihnen sagt, nichts werde passieren. Er muss ihnen im Gegenteil sagen, dass etwas passieren wird. Damit der Postkonflikt beginnt, sich in Realität zu verwandeln. Es genügt, genau zu lesen, was bisher in Havanna vereinbart wurde, um das Ausmaß der bereits eingegangenen Verpflichtungen ermessen zu können.

Denn es wird keine Integrale Agrarreform geben, wenn man nicht von Grund auf jene Institutionen verändert, die mit ihrer Politik die Kleinbauern vernichtet haben. Oder wenn man nicht eine ungefähre Quantität von Ländereien angibt, die bei einer Landreform neu zu verteilen sind. Und man sollte Punkt 2 der Vereinbarung über die politische Teilhabe lesen um zu begreifen, dass es mit der "Demokratischen Öffnung" nicht getan ist mit ein paar Whiskies mit der Linken im Präsidentenpalast.

Die Nachkonfliktlösung ist die schwache Flanke der Verhandlungsstrategie von Santos. Dabei steht die Regierung in der Tat ohne Schuhe da(ohne Schuhe dastehen bedeutet: Nackt oder mit leeren Händen dastehen, A.d.Ü.)

Nachsatz: Es ist schlimm, dass die FARC zu glauben scheint, die Tötung wehrloser Zivilisten wie in Pradera führe zu einem besseren Friedensvertrag. Schlimm, wenn sie es tat oder es aus politischem Kalkül abstreitet.

Schlimmer aber als die Bombe selbst aber wäre es, wenn das Attentat begangen worden wäre als Versuch, den Verhandlungsprozess zu sabotieren.